

Margot Schüller

Richtlinien für die zukünftige Entwicklung: ZK-Vorschläge zum 8. Fünfjahresplan und zum 10-Jahresprogramm

1 Einleitung

Nach einer langen Diskussion über die Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung und notwendiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen wurden auf der mehrmals verschobenen 7. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees Ende Dezember die "Vorschläge des ZK der KPCh zur Ausarbeitung des Zehnjahresprogramms und des 8. Fünfjahresplanes für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung" verabschiedet.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Probleme und der Diskussion über die wirtschaftliche Entwicklungsrichtung in den 90er Jahren, stellt sich die Frage, welche Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung den ZK-Vorschlägen zu entnehmen sind. Im folgenden sollen die wichtigsten Aussagen in diesen Vorschlägen zur Entwicklung des Wirtschaftssystems, insbesondere zu den ökonomischen Koordinationsmechanismen, zur Preis- und Industriereform und zur Beziehung zwischen Zentralregierung und Provinzen näher untersucht werden. Da mit der Vorlage des Fünfjahresplanes bis zur Tagung des Nationalen Volkskongresses im März oder April d.J. zu rechnen ist, wird auf die Bewertung der bisher nur in beschränktem Umfang vorgelegten Plandaten an dieser Stelle zunächst verzichtet.

2 Wirtschaftssystem und Koordinationsmechanismen

Um zunächst den allgemeinen Stand der Reformposition in den ZK-Vorschlägen in bezug auf Wirtschaftssystem und Koordinationsmechanismus aufzuzeigen, bietet sich ein Vergleich der Aussagen des Zentralkomitees zum 10-Jahresprogramm und zum

8. Fünfjahresplan mit dem im September 1985 vom ZK vorgelegten Reformvorschlägen zum 7. Fünfjahresplan an.¹

Um die Modernisierungsziele bis zum Jahre 2000 zu erreichen, wird in den neuen ZK-Vorschlägen als eine der wichtigsten Voraussetzungen der Aufbau von Operationsmechanismen und eines Wirtschaftssystems genannt, das der Entwicklung der auf staatlichem Eigentum basierenden sozialistischen geplanten Warenwirtschaft angepaßt ist und die Planwirtschaft und Marktregulierung verbindet.

Die hier dargelegte Beschreibung des Wirtschaftssystems als "sozialistische geplante Warenwirtschaft" (shehui zhuyi jihua shangpin jingji) steht für die Tradition der seit Anfang der 80er Jahre im Sinne einer Verbindung von Plan und Marktelementen benutzten Definition für das gemischte Wirtschaftssystem Chinas. Der Unterschied zu den ZK-Vorschlägen von 1985, in dem vom "sozialistischen geplanten Warenmarkt" (you jiahua de shangpin jingji) gesprochen und der Aufbau eines "neuen sozialistischen Wirtschaftssystems mit chinesischen Merkmalen" (you zhongguo tese de xinxing shehui zhuyi jingji tizhi) gefordert wird, ist nur graduell. Allerdings wird durch die nunmehr in den neuen ZK-Vorschlägen vorgelegte nähere Definition des Begriffes "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" die Dominanz der sozialistischen Eigentumsform und die Rolle der staatlichen Planung als übergeordneter Koordinationsmechanismus betont. In den Prinzipien, durch die dieser Sozialismus beschrieben wird, heißt es dazu u.a.:

Festhalten an einer Eigentumsstruktur mit dem sozialistischen Gemeineigentum als Hauptform und unterschiedlichen Eigentumsformen, Ent-

faltung der nützlichen und ergänzenden Funktion der individuellen und privaten Wirtschaft sowie anderer Wirtschaftsformen in der durch öffentliches Eigentum gekennzeichneten Wirtschaft; Stärkung der richtigen Verwaltung und Leitung dieser Bereiche.

Deutlich wird diese Betonung auch in den Aussagen der neuen ZK-Vorschläge zur "Grundrichtung bei der Vertiefung der Reform des Wirtschaftssystems". So sollen bei der Verbindung von Plan und marktlichen Elementen folgende vier Prinzipien berücksichtigt werden:

1. Die Planwirtschaft ist in der Lage, eine proportionale gesamtwirtschaftliche Entwicklung und eine rationale Ressourcenverteilung zu realisieren, während der Markt die Funktion eines Selektionsmechanismus übernehmen und die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen kann. Die Vorteile beider Koordinationsmechanismen sollen verbunden werden, um ein ausreichendes, stetiges und harmonisches Wachstum zu erreichen.
2. Die Planwirtschaft beschränkt sich nicht auf die imperative Planung [zhiling jihua], sondern auch die indikative Planung [zhidao jihua] zählt dazu. Im Verlauf der Vertiefung der Wirtschaftsreform, der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der weiteren Entwicklung von Märkten soll der Umfang der Direktivpläne zugunsten von Indikativplänen weiter beschränkt und die Regulierung durch den Markt vergrößert werden. Bei der Planung (Verwaltung) muß das Prinzip der proportionalen Wirtschaftsentwicklung sowie das Gesetz von Angebot und Nachfrage berücksichtigt werden. Die Funktion des Marktes als Koordinationsmechanismus soll sich im Rahmen der staatlichen Gesamtplanung und der gesetzlichen Bestimmungen entfalten.
3. Insgesamt sollen über den Plan das gesamtwirtschaftliche Angebot und die Nachfrage, die Readjustierung und die Aufteilung der Wirtschaftsstruktur und "andere wichtige Aufgaben" koordiniert werden, während die Funktion des Marktes in den Bereichen der routinemäßigen Produktions- und Ablaufent-

scheidungen in den Unternehmen, bei der technischen Umgestaltung, kleineren Investitionsprojekten und ähnlichen wirtschaftlichen Aktivitäten eingesetzt werden soll.

4. Zu den Hauptaufgaben der staatlichen Wirtschaftsverwaltung zählt die Ausarbeitung rationaler gesamtwirtschaftlicher Entwicklungspläne und Programme, Bestimmung makroökonomischer Ziele, Festlegung der Industrie- und Regionalpolitik und anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie die Herstellung von Gleichgewichten, Anpassung der Proportionen und die Regulierung und Kontrolle durch rechtliche und administrative Mittel.

Insgesamt bleibt der aktuelle Stand der Reformposition in den neuen ZK-Vorschlägen hinsichtlich der Einführung von Marktmechanismen hinter den bereits 1985 formulierten Reformzielen zurück, da in den Vorschlägen der Markt stärker nur als Instrument benutzt wird, um die Transaktionskosten der Planung zu reduzieren. Die meisten übrigen Grundaussagen sind schon in den ZK-Vorschlägen von 1985 zu finden. So wird in beiden Vorschlägen davon ausgegangen, daß durch die Verbindung von Plan und marktlichen Elementen ein "ausreichendes, stetiges und harmonisches Wachstum" der Gesamtwirtschaft erreicht werden kann. Dahinter steht die Vorstellung, daß die Nutzung der Vorteile beider Koordinationsmechanismen zu den besten Ergebnissen führen wird. Durch die Regulierung des Marktmechanismus, über Manipulation von Investitionskrediten, Amortisationsraten, Abschreibungen, Zinsraten, Preisen, Lohnstrukturen und anderen makroökonomischen Kontrollmechanismen, sollen nicht spontane ökonomische Prozesse initiiert werden, sondern kontrollier- und steuerbare, die das "Chaos" der marktwirtschaftlichen Systeme vermeiden soll und die nach dem chinesischen Wirtschaftswissenschaftler Ma Hong eine "Überlegenheit des sozialistischen Systems" darstellt.²

Der naive Glaube in die harmonische, sich gegenseitig korrigierende Dualität von Plan und Markt kann mit Kornai vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit Teilreformen in den osteuropäischen Ländern kritisiert werden. Nach Kornai hätten bereits die frühen Re-

former bei der Vorstellung einer optimalen Kombination von zentraler Planung und Marktmechanismus nicht die Überlegung berücksichtigt, daß auch die Nachteile beider Koordinationsmechanismen zusammenwirken und damit die schlechteste Situation eintreten könnte. So resultierte aus der dualen Abhängigkeit, einerseits über vertikale bürokratische Beziehungen und andererseits über horizontale Beziehungen bzw. Märkte, daß die Unternehmen nicht mehr eindeutige Verhaltenssignale erhielten und weder auf Marktanreize noch auf bürokratische Anweisungen reagierten. Selbst bei der Ausweitung der Rolle des Marktes im Rahmen einer Teilreform sieht Kornai die Funktionsfähigkeit dieses Mechanismus durch das Beharrungsvermögen der Planbürokratie gefährdet, die bürokratische Interventionen als beherrschende Koordinationsform durchsetzen und die Wirkung des Marktmechanismus damit schwächen. Daß diese Gefahr auch in China besteht, kann aus der Stellungnahme Ma Hongs abgelesen werden: Zwar soll die Realisierung der staatlichen Pläne hauptsächlich durch die ... "Regulierung von Marktparametern wie von Zinssätzen, Preisen, Wechselkursen und Zolltarifen und durch die Leitung der Betriebe und anderer Wirtschaftseinheiten" erfolgen, doch "wenn nötig, sind selbstverständlich unmittelbare administrative Eingriffe auch nicht auszuschließen".³

Zwar wird von offizieller chinesischer Seite auf die Reduzierung der imperativen und indikativen Planung hingewiesen. So wird betont, daß im industriellen Sektor 1984 noch 120 Produkte und 1989 nur 58 Produkte der Imperativplanung unterlagen und ihr Anteil am industriellen Bruttoproduktwert im gleichen Zeitraum von 40% auf unter 10% gesunken sei. Auch der Anteil der zentral zugewiesenen Produkte habe sich von 259 Gütern und Materialien im Jahre 1979 auf 19 im Jahre 1989 verringert; außerdem sei der Anteil der zentral eingesetzten Investitionen an den gesamten staatlichen Investitionen von 40% im Jahre 1984 auf 15,7% im Jahre 1989 gesunken.⁴ Diese Entwicklung kann jedoch nicht mit einer Ausweitung des Marktmechanismus gleichgesetzt werden. Denn administrative Eingriffe, insbesondere der lokalen Verwaltungseinheiten in Wirtschaftsentscheidungen der Unternehmen und landwirtschaftlichen Produ-

zenten, die nicht vom übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Interesse bestimmt sind, verhindern die Anpassung an Marktsignale. Sie führen aber auch dazu, daß "gesamtwirtschaftlich rationale" Pläne aufgrund lokaler Interessen nicht durchgesetzt werden. Ein Beispiel hierfür ist die gesamtwirtschaftliche Investitionsrate, die für die Periode des 6. Fünfjahresplanes auf 5% festgelegt war, während tatsächlich 11% realisiert wurden und für den Zeitraum des 7. Fünfjahresplanes 7% betragen sollte, aber 11,4% erreicht wurden.⁵ Ein weiteres Beispiel ist die Ausweitung der Kredite über die in den gesamtwirtschaftlichen Plänen vorgegebenen Ziele hinaus durch Druck lokaler Verwaltungseinheiten auf die "Spezialbanken".⁶

Insgesamt wird die administrative Intervention als dominanter Koordinationsmechanismus so lange weiter fortbestehen, als das duale Preissystem und "sozialistische Eigentumsstrukturen" als Machtbasis der lokalen Verwaltung diskretionäre Handlungsspielräume erlauben. Das Problem der optimalen "Verbindung von Plan und Markt" ist damit eng verbunden.

Bevor auf die ZK-Vorschläge zum Bereich der Preisreform näher eingegangen wird, ist ein weiterer Aspekt erwähnenswert, der als Maßstab des Reformwillens benutzt werden kann. Während in den ZK-Vorschlägen für den 7. Fünfjahresplan als erstes Prinzip und als erste Richtlinie das "Festhalten an der Reform und wechselseitige Anpassung und Förderung von Reform und Aufbau" genannt wurde, heißt es nunmehr an dieser Stelle: "Festhalten an der demokratischen Diktatur des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und auf der Basis des Arbeiter-Bauern-Bündnisses...". Damit wird der Bedeutung der Reform nicht die Priorität eingeräumt, wie dies noch 1985 der Fall war.

3 ZK-Vorschläge zur Preisreform

Steigende Inflationsraten von offiziell 7,3% im Jahre 1987 und 13% im 1. Halbjahr 1988, nach ausländischen Schätzungen sogar von 30-40% bis Mitte 1988, führten zu sozialer Instabilität und erhöhten den Druck der konservativen Vertreter in Partei und Regierung auf die Befürworter einer stärker marktorientierten Reform. Die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung, die

auch durch eine extrem hohe Wachstumsrate der Industriegüterproduktion von 17% im 1. Halbjahr 1988 und eine unkontrollierte Ausweitung der Geldmenge charakterisiert war, verschärfte sich mit der Ankündigung weiterer Preisfreigaben durch den damaligen Parteichef Zhao Ziyang im August 1988, die einen großen Teil der Bevölkerung zur Abhebung ihrer Spareinlagen und Panikkäufen veranlaßte. Vor diesem Hintergrund beschloß das Zentralkomitee Ende September 1988 ein wirtschaftliches Konsolidierungsprogramm für die folgenden zwei Jahre. Die Priorität wurde auf die Readjustierung der Wirtschaft gelegt und weitere Preisreformen auf die "nächsten fünf oder mehr Jahre" verschoben.⁷

In den letzten Jahren haben sich die mit verzerrten Preisstrukturen, dem dualen Preissystem und den offenen und versteckten Subventionen verbundenen Probleme weiter verschärft.

Staatlich fixierte Preise für Rohstoffe, die die tatsächlichen Knappheiten nicht widerspiegeln, führten zu einer steigenden Ressourcenverschwendung. Beispielsweise liegt trotz Energieknappheit die Energienutzungsrate nach offiziellen Angaben in China bei 30%, während diese sogar in der UdSSR 40% beträgt und in den USA und Japan 50%. Für die Erstellung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts benötigt China 5,3mal soviel Energie wie Japan, 2,3mal so viel wie die USA und 1,7mal so viel wie die UdSSR. Insgesamt wird von einer Verschwendung von 300 Mio.t Energieeinheiten (in Standard-Kohleeinheiten) bzw. 30% der gesamten Energieproduktion ausgegangen.⁸ Während niedrige staatliche Verkaufspreise an die Industrie eine effiziente Energienutzung in den Unternehmen verhindern, erschweren niedrige staatliche Aufkaufpreise den energieerzeugenden Unternehmen, ausreichende Investitionen in die Modernisierung und Produktionsausweitung durchführen zu können.⁹

Insgesamt sieht das sogenannte "Doppelgleis-Preissystem" im Industriesektor sowohl für den Input als auch für den Output der Unternehmen verschiedene Preise vor. So erhalten die staatlichen Unternehmen einerseits einen Teil ihrer Inputs zu festgelegten Preisen, die unter den Marktpreisen liegen, und können zusätzliche Inputs auf dem Markt nachfragen. Anderer-

seits müssen die Unternehmen einen Teil ihrer Produktion zu niedrigen Preisen an den Staat abliefern und können Überplanmengen zu Marktpreisen verkaufen. Zwar hatte dieses Doppelgleis-Preissystem zusammen mit der Reduzierung des Anteils der zentral geplanten Produkte und Preise bestimmte positive Wirkungen, so z.B. auf die Ausweitung und qualitative Verbesserung der Produktion, räumte den Betrieben größere Selbständigkeit ein bei der Anpassung an den Bedarf und führte zur Entwicklung von Produktionsgütermärkten. Einen negativen Einfluß hatte dieses Preissystem jedoch auf die Planerfüllung, da die Betriebe einen Anreiz hatten, ihre außerplanmäßige Produktion auszuweiten, um sie zu höheren Marktpreisen verkaufen zu können. Bestehende Unterschiede zwischen diesen Preistypen führten auch dazu, daß staatlich zugewiesene Planmengen in größerem Umfang über Schwarzmärkte weiterverkauft wurden und sich die Korruption verstärkte. Außerdem stieg die Vorratshaltung der Unternehmen überdurchschnittlich und führte aufgrund der steigenden Nachfrage zur Erhöhung der Preise. Das Nebeneinander von Plan- und Marktpreisen brachte Informationsverzerrungen und als Folge davon betriebswirtschaftlich falsche Entscheidungen mit sich. Weiterhin war das Doppelgleis-Preissystem auch mit einer Benachteiligung für einen Teil der mittleren und großen staatlichen Unternehmen verbunden, die einen höheren Anteil ihrer Produkte an den Staat verkaufen mußten und deshalb niedrigere Gewinne erzielen konnten. Gleichzeitig wirkte sich für diese Betriebe die Steigerung der Produktionsmittelpreise auf den Märkten besonders negativ aus, da oft die staatlich zugewiesenen Inputmengen nicht in ausreichender Menge geliefert wurden und sie einen steigenden Anteil zu Marktpreisen kaufen mußten.¹⁰

Vor diesem Hintergrund und mit der fehlenden Anpassung der Betriebe an steigende Kosten und an eine sich verändernde Nachfrage, vergrößerten sich die Verluste vieler Staatsbetriebe. Als Folge dieser Entwicklung erhöhten sich die aus dem Staatsbudget gezahlten Subventionen für die Verluste der Industriebetriebe von 32,48 Mrd. Yuan im Jahre 1986 auf 59,98 Mrd. Yuan im Jahre 1989. Der prozentuale Anteil dieser Subventionen an den Staatseinnahmen stieg damit im angegebenen Zeitraum von 14,4% auf 20,5%.¹¹

Ähnlich wie in der Industrie gibt es auch im landwirtschaftlichen Bereich ein duales Preissystem, das auf der einen Seite niedrige Aufkaufpreise für den an den Staat abzuliefernden Teil der Produktion, insbesondere Getreide, ölhaltige Pflanzen und Baumwolle, und Marktpreise für Überschußprodukte und solche Produkte vorsieht, die nicht der staatlichen Planung unterliegen. Auf der anderen Seite besteht ein System der zentralen Zuteilung landwirtschaftlicher Inputs wie Dünger, Pestizide, Saatgut etc. zu einem Vorzugspreis, der jedoch an die Erfüllung der Lieferverpflichtung gebunden ist. Märkte für diese Inputs existieren nur in beschränktem Ausmaß, dagegen existieren Schwarzmärkte mit hohen Preisen.

Die dualen Preisstrukturen für landwirtschaftliche Produkte stellen unterschiedliche Handlungsanreize für die Bauern dar und führten in den vergangenen Jahren dazu, daß beispielsweise die Durchsetzung der staatlichen Anbauplanung und der Aufkaufverträge für Getreide immer schwieriger wurde. Das geringe Interesse der Bauern an der Getreideproduktion und dem Verkauf an staatliche Aufkaufstationen ist auch darauf zurückzuführen, daß die Bauern seit 1985 nicht mehr einen steigenden Anteil ihrer Produktion zu Überquotenpreisen verkaufen können. Statt einer garantierten Prämie für zusätzliche Produktionssteigerungen sollte nach der Einführung des vertraglichen Aufkaufs die Überschußproduktion auf dem Markt bzw. an den Staat zu Marktpreisen verkauft werden. Da jedoch durch administrative Eingriffe der Marktpreis künstlich niedrig gehalten wurde bzw. bis zur Erfüllung zusätzlicher Getreideverkäufe an den Staat die Getreidemärkte geschlossen wurden, konnten die Bauern für ihre Produktionsüberschüsse nur einen geringeren Preis als zuvor erzielen.¹² Nach der Rekordernte des letzten Jahres fielen die Marktpreise wie bereits im Jahre 1989 deutlich und der zusätzliche staatliche Aufkauf zum sogenannten "Schutzpreis" (baohu jia) konnte in vielen Gebieten aufgrund knapper Finanzmittel nicht realisiert werden, so daß die Aufkaufstationen Getreide zum niedrigeren Marktpreis ankauften.¹³ Neben den relativ geringen Aufkaufpreisen, den Problemen beim Verkauf ihrer Produkte aufgrund mangelnder Lagerkapazitäten und knapper finanzieller Mittel, reduzier-

ten die steigenden Inputpreise das Interesse der Bauern am Feldanbau. Seit 1984 stiegen diese Preise deutlich; für bestimmte Düngersorten erhöhten sich die offiziellen Preise von 450 Yuan/t im Jahre 1984 auf ca. 700 Yuan/t im Jahre 1988 und auf Schwarzmarktpreise von 1.000 Yuan/t.¹⁴ Mit der Zunahme der Inputpreise sanken die Gewinne der Bauern. Während beispielsweise im Jahre 1984 der Gewinn im Weizenanbau pro Flächeneinheit Mu 36,4 Yuan ausmachte, betrug dieser 1988 nur noch 28,45 Yuan [die Inputpreise erhöhten sich gleichzeitig von 35,43 auf 40,21 Yuan]. Insgesamt stieg der Preisindex für landwirtschaftliche Inputs im Jahre 1988 auf 116,2 und im Jahre 1989 auf 118,9; besonders die Preise von chemischen Dünger [Index 1988: 118,6; 1989: 117,3] und von Pestiziden [Index 1988: 131,6; Index 1989: 135,8] stiegen.¹⁵

Die seit Beginn der 80er Jahre durchgeführten Erhöhungen der staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte führten zu einer zunehmenden Belastung des Staatsbudgets, da die Preiserhöhung nicht auf die städtischen Konsumenten abgewälzt wurde. Zwischen 1981 bis 1989 stiegen allein die Preissubventionen für Getreide, Baumwolle und Speiseöl von 14,22 Mrd. Yuan auf 25,95 Mrd. Yuan und einschließlich der Preissubventionen für Fleisch auf 37,03 Mrd. Yuan; für 1990 belaufen sich die Preissubventionen auf 40,558 Mrd. Yuan.¹⁶

In welchem Ausmaß die staatlich festgesetzten niedrigen Aufkaufpreise landwirtschaftlicher Produkte eine redistributive Funktion besitzen, wird beispielsweise durch den Unterschied zwischen dem Getreideaufkaufpreis und dem Wiederverkaufspreis für die städtische Bevölkerung sichtbar. Einem Bericht der Getreidebehörde Beijings nach beträgt der subventionierte Getreidepreis für die städtischen Einwohner 0,37 Yuan pro kg Weizenmehl, während der tatsächliche Preis 1,68 Yuan/kg ausmacht. Die Regierung subventioniert den Preis mit rund 0,60 Yuan/kg und die Bauern über die niedrigen Aufkaufpreise ebenfalls mit 0,60 Yuan/kg. Im Durchschnitt belief sich die Belastung für die Bauern pro Kopf auf 58 kg Getreideablieferung und pro Kopf mußte der Staat für jeden städtischen Einwohner 150 Yuan als Subvention aufbringen. Die gesamte Subventionszahlung für Getreide und

Speiseöl beträgt in Beijing beispielsweise 300 Yuan pro Einwohner. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu berücksichtigen, daß aufgrund der veränderten Ernährung der tatsächliche individuelle Getreideverbrauch nur 75% der an die städtischen Einwohner zugeleiteten Getreideration ausmacht und der Handel mit Getreidecoupons weit verbreitet ist.¹⁷

Untersuchungen aus dem Jahre 1987 zeigen, daß die Preissubventionen für landwirtschaftliche und Nebengewerbeprodukte als "versteckte Einkommen" durchschnittlich 9,04% des monetären Gesamteinkommens der städtischen Haushalte ausmachen. Darüber hinaus bestehen Preissubventionen der lokalen Regierungseinheiten, die auf rund 15 Mrd. Yuan und regional unterschiedlich auf 5-8% eingeschätzt werden. Zusammen mit Preissubventionen für landwirtschaftliche und Nebengewerbeprodukte existieren inzwischen 120 subventionierte Güter und Dienstleistungen, deren Umfang mit steigenden Einkommen zugenommen hat.¹⁸

Wenn zu den Transferleistungen außerdem noch die Subventionen für Wohnungen und Altersversorgung hinzugerechnet werden, so gehen Schätzungen von Subventionen in Höhe von mindestens 50% des gesamten monetären Einkommens der Haushalte aus.¹⁹

Die steigenden Subventionen für die Versorgung der städtischen Bevölkerung und die staatlichen Verlustbetriebe, die 1989 insgesamt 33,2% der gesamten Staatseinnahmen ausmachten und für 1990 noch höher eingeschätzt werden, binden Finanzmittel, die die Regierung für Investitionen im Infrastrukturbereich und Bildungswesen einsetzen könnte.

Die Notwendigkeit, Preisreformen durchzuführen, wird auch in den ZK-Vorschlägen zum 8.Fünffjahresplan und zum 10-Jahresprogramm betont, jedoch soll die Preisreform "aktiv" (jiji) und "stabil/sicher" (wentuo) durchgeführt werden und alle Interessen berücksichtigen.

Nach den ZK-Vorschlägen soll das Ziel der Reform der Aufbau und die Vervollständigung rationaler Preisbildungsmechanismen und Preisverwaltungssysteme sein:

Die Preise einiger für das Leben der Bevölkerung wichtiger Produkte und Dienstleistungen sollen durch den Staat verwaltet werden, während schrittweise für die übrigen Produkte und Dienstleistungen Marktpreise gelten sollen. Im Verlauf des 8.Fünffjahresplanes sollen weitere Fortschritte bei der Reduzierung des Umfangs staatlich festgelegter Preise und Vergrößerung des Anteils durch Marktmechanismen bestimmter Preise gemacht werden. Der Schwerpunkt der Preisreform soll auf der Anpassung der wichtigen Kapitalgüterpreise, der Erhöhung der Getreideaufkaufpreise und -verkaufspreise für die städtische Bevölkerung liegen. Außerdem sollen schrittweise die Preise für einfache Verarbeitungsprodukte mit im allgemeinen ausgeglichener Angebots- und Nachfragesituation, für Produkte und dauerhafte Konsumgüter mit relativ flexibler Angebots- und Nachfragesituation und für andere nicht-lebensnotwendige Produkte freigegeben werden. Bei der Abschaffung des Doppelgleis-Preissystems für Kapitalgüter soll die genaue Situation unterschiedlicher Güter berücksichtigt werden; einige Güter sollen schrittweise den Weltmarktpreisen angepaßt werden.

Die Durchführung der Preisreform soll nach den ZK-Vorschlägen folgenden Prinzipien folgen:

1. Die Preisreform muß aktiv und vorsichtig realisiert und der richtige Zeitpunkt ausgewählt werden; die Preiserhöhungen müssen im Hinblick auf das von der Bevölkerung, den Betrieben und den staatlichen Finanzen tragbare Ausmaß kontrolliert werden.
2. Um günstige wirtschaftliche und soziale Bedingungen für die Preisreform zu schaffen, muß die gesellschaftliche Nachfrage streng kontrolliert und ein Gleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Angebot aufrechterhalten werden.
3. Während der Preisanpassung der Grundprodukte müssen Maßnahmen zur Absorbierung eines Teils der Preiserhöhungen durch die Unternehmen ergriffen werden, damit sich nicht die Preise aller Güter im selben Umfang erhöhen und damit die irrationale Preisstruktur beibehalten wird.

4. Das Problem, das die Verkaufspreise für landwirtschaftliche und Nebengewerbeprodukte unter den Aufkaufpreisen liegen, muß gelöst werden; die realen Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung sollen geschützt werden.
5. Während der Preisanpassung und -reform sollen schrittweise die staatlichen Subventionen reduziert werden.

In diesen Grundaussagen zur Preisreform wird das Dilemma deutlich, in dem sich die Regierung befindet. Einerseits werden Preisreformen vor dem Hintergrund der drängenden Probleme unvermeidbar und als notwendig anerkannt, andererseits will die Regierung die grundlegende Preisstabilität und damit die soziale Stabilität erhalten und die Interessen der durch die Preisreform betroffenen Unternehmen und Konsumenten schützen. Die Erfahrungen im letzten Jahr zeigen jedoch, daß diese "Stabilität" immer teurer wird. So konnte die als "größte wirtschaftliche Errungenschaft Chinas im Jahre 1990" gepriesene Reduzierung des Anstiegs der Einzelhandelspreise auf 2,1% gegenüber dem Vorjahr [Preisanstieg 1988:18,5%, 1989:17,8%] selbst nach offiziellen Angaben nur dadurch realisiert werden, daß "...Regierungen aller Ebenen eine große Summe für Preisstützungen zur Verfügung gestellt haben".²⁰ Dies bedeutet, daß neben den 40,558 Mrd. Yuan an Preissubventionen aus dem zentralen Staatsbudget schätzungsweise 20 Mrd. Yuan aus den lokalen Regierungshaushalten notwendig waren, um diese "Preisstabilität" herzustellen, abgesehen von den über 60 Mrd. Yuan, die auch im letzten Jahr für den Ausgleich von Verlusten der Staatsbetriebe eingesetzt werden mußten.

4 ZK-Vorschläge zur Reform der staatlichen Betriebe

Zu den wichtigsten und immer drängender werdenden Problemen zählt auch die Reform der staatlichen Industriebetriebe, die von der Regierung als "Rückgrat der Wirtschaft bezeichnet werden. Obwohl 1989 nur 1,3% der gesamten Industriebetriebe staatliche Unternehmen waren, beschäftigten sie 68,6% der gesamten Beschäftigten im Industriesektor und erwirtschafteten 56,1% des industriellen Bruttoproduktionswertes im Jahre 1989.²¹

Ziel der Mitte der 80er Jahre im städtischen Industriesektor begonnenen Reformen war es, die Entscheidungsrechte der Betriebe über Produktions- und Absatzaktivitäten sowie Investitionen und Personalpolitik zu vergrößern, um ihnen einen effizienten Einsatz ihrer Ressourcen und Anpassung an die Marktnachfrage zu ermöglichen. Ähnlich wie in der Landwirtschaft wurde auf der Basis der Trennung von Eigentums- und Entscheidungsrecht ein Verantwortungssystem der Betriebsleiter entwickelt, die im Rahmen der staatlichen Gesamtplanung betriebswirtschaftliche Entscheidungen treffen sollten.

Die Durchsetzung einer autonomen Unternehmenspolitik war aber unter den Bedingungen administrativer und politischer Interventionen in betriebswirtschaftliche Entscheidungen nicht möglich. Die lokalen Verwaltungseinheiten, die sich als "eigentliche Eigentümer" der staatlichen Betriebe verstehen und andererseits abhängig von den Steuerzahlungen dieser Unternehmen sind, verhinderten eine Anpassung der Betriebe an veränderte Kosten- und Nachfragestrukturen. So waren z.B. Produktivitätssteigerungen über Entlassungen nicht möglich, selbst unrentabel wirtschaftende Unternehmen wurden unterstützt, wobei auf die lokalen Kreditinstitute politischer Druck für die Kreditvergabe an solche Unternehmen ausgeübt wurde und für solche Investitionsprojekte, die aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht effizient waren. Andererseits wurden Unternehmen, die unter den Restriktionen unvollkommener Märkte versuchten, rentabel zu arbeiten, durch verzerrte Preisstrukturen sanktioniert. Da in manchen Unternehmen die Betriebsleiter von der Belegschaft gewählt wurden, verlagerte sich dort das Unternehmenziel auf die Maximierung der Löhne, Gehälter und Zusatzleistungen für die Beschäftigten. Da Rationalisierungsentscheidungen zu Konflikten mit den Beschäftigten und lokalen Verwaltungsbehörden führte, waren die Betriebsleiter außerdem eher geneigt, der Sicherung ihrer eigenen Einkommen Priorität einzuräumen.²²

Unter den Bedingungen einer veränderten Marktnachfrage und dem extremen Anstieg der Lagerhaltung in vielen staatlichen Unternehmen, verstärkten sich die Anstrengungen der

lokalen Verwaltungseinheiten, Unternehmen mit geringen Wettbewerbschancen durch administrative Bestimmungen gegenüber Produkten aus anderen Regionen zu schützen. Die Folge war die Errichtung von Marktzutrittsbeschränkungen zwischen einzelnen Provinzen und Gebieten und die Verschärfung des regionalen Protektionismus.²³

Die Entwicklung der staatlichen Betriebe in den letzten Jahren ist alarmierend: über ein Drittel dieser Unternehmen arbeitet mit Verlust. Nach vorläufigen Angaben des Staatlichen Statistikamtes zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1990 überstiegen auch im letzten Jahr die Produktionskosten die geplanten Werte, die Anzahl der Verlust-Unternehmen nahm zu und der Umfang der Verluste erhöhte sich. Insgesamt gingen die Gewinne um 58% gegenüber dem Vorjahr zurück; die Umschlagsgeschwindigkeit des planmäßigen Umlaufkapitals erhöhte sich von 109 Tagen im Jahre 1989 auf 127 Tage. Während die Arbeitsproduktivität in den staatlichen Unternehmen lediglich um 0,8% erhöht werden konnte, stiegen die Löhne und Gehälter um 13%.²⁴

Welche Lösungsvorschläge für diese Probleme bieten nun die als Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden 10 Jahren geltenden ZK-Vorschläge? Die Grundaussage zur Reform der Industriebetriebe in den ZK-Vorschlägen besteht einerseits in der Beibehaltung des Verantwortungssystems des Betriebsleiters und andererseits in der Schaffung von Bedingungen zur Durchsetzung autonomer Entscheidungsrechte. Unter der Überschrift "Die Stärkung der Vitalität der Industriebetriebe, insbesondere der mittleren und großen staatlichen Unternehmen, ist das zentrale Kettenglied der Vertiefung der Reform des Wirtschaftssystems" wird die wichtige Funktion der staatlichen Industriebetriebe für die Modernisierung Chinas und für die Staatseinkünfte betont und insbesondere gefordert, die externen Bedingungen für die Unternehmen zu verbessern, die Schlüsselrolle der Parteiorganisationen in den Unternehmen zu entfalten sowie am Verantwortungssystem des Betriebsleiters festzuhalten und dieses zu verbessern. Dabei werden folgende Punkte besonders hervorgehoben:

1. Verbesserung und weitere Entwicklung des vertraglichen Verantwortungssystems für die Bewirtschaftung der Industriebetriebe. Während des 8.Fünffjahresplanes sollen die Vertragsmethoden stabilisiert und derzeit geltende verbessert werden; mit dem Beginn neuer Vertragsperioden ist eine rationale Anpassung der Grundlagen und des abzuführenden Anteils vorzunehmen sowie Vertragssysteme mit umfassenden Kennziffern zu realisieren. Der Wertzuwachs und die Integrität des staatlichen Eigentums sind zu schützen; die Funktion von Wettbewerbs- und Risikomechanismen sind weiter zu entfalten. Die versuchsweise Einführung des Systems der "Trennung von Gewinn und Steuern, Rückzahlung von Schulden nach Steuerzahlung und Abschluß von Verträgen nach Steuerzahlung" ist fortzusetzen und entsprechend den tatsächlichen Bedingungen und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Situation der Betriebe einzuführen.
2. Trennung von Verwaltungs- und Industrieverantwortlichkeiten mit geeigneter Aufteilung des Eigentums- und Bewirtschaftungsrechtes, damit der überwiegende Teil der staatlichen Industriebetriebe schrittweise autonome und für Gewinn und Verlust selbst verantwortliche sozialistische Warenproduzenten wird.
3. Weitere Verbesserung des Systems der Abschreibung und der Gewinnrücklagen der Unternehmen; zur Beschleunigung der technologischen Umwandlung der Unternehmen und Entwicklung neuer Produkte sind Schritte zur Bewertung des festen Anlagevermögens zu ergreifen und die Abschreibungsrate angemessen zu erhöhen.
4. Die Belastung der Unternehmen ist zu reduzieren; die Erhebung willkürlicher Abgaben außerhalb der gesetzlich festgelegten Steuern ist zu unterbinden.
5. Aktive Entwicklung von Unternehmensgruppen. Konkrete Richtlinien und Maßnahmen sind zur Förderung der Reorganisation, Assoziierung und Zusammenführung von Unternehmen und zur Bildung rationaler Unternehmensstrukturen und konkurrenzfähiger regionen- und branchenübergreifender Unternehmen zu bestimmen.
6. Die Reform des Systems der Unternehmensführung und des Bewirtschaftungsmechanismus ist zu vertiefen und die Betriebsverwaltung zu stärken; Verbesserungen des Personalwesens, des Lohn- und Gewinnaufteilungssystems und des Finanz- und Buchführungssystems sind durchzuführen; Phänomene wie egalitäre Einkommensverteilung und laxer Disziplin sind zu ändern.
7. Fortsetzung der versuchsweisen Einführung von Leasingssystemen und Kapitalbeteiligungsgesellschaften und anderen Reformen.
8. Stärkung der Verwaltung des staatlichen Eigentums. Landesweit soll die Klärung und Bewertung des staatlichen Vermögens durchgeführt werden, um solche Probleme wie unklare Situation des staatlichen Eigentums, Chaos in der Verwaltung, Vergeudung und Brachliegen sowie widerrechtliche Inanspruchnahme und Verluste von Vermögenswerten zu lösen. Auf dieser Grundlage soll schrittweise ein der sozialistischen geplanten Warenwirtschaft entsprechendes Verwaltungssystem des staatlichen Eigentums errichtet werden.
9. Während des 8.Fünffjahresplanes soll in den Unternehmen der Erdölindustrie, Petrochemie, Kohlebergbau, Stahlindustrie, NE-Industrie und Eisenbahn sowie in anderen Bereichen das Verantwortungssystem mit der Abführung festgelegter Gewinne und Steuern an den Staat weiter praktiziert werden.

Die meisten dieser Aussagen zur Unternehmensreform sind bereits in den ZK-Vorschlägen zum 7.Fünffjahresplan zu finden und stellen nur eine Fortschreibung der bereits bestehenden Situation dar. Auch vor fünf Jahre schon sollten "selbstständige, für Gewinn und Verlust eigenverantwortliche sozialistische Warenproduzenten und Manager" entstehen. Wie die bereits oben beschriebene Entwicklung jedoch zeigte, dominieren nach wie vor administrative Interventionen und die Übernahme der steigenden Verluste der staatlichen Betriebe. Während unter Wettbewerbsbedingungen Verluste für die Unternehmen zum Konkurs führen und Gewinne die Grundlage für ein weiteres Wachstum bilden, garantieren die von Kornai als "soft budget constraints" bezeichneten Bedingungen

den sozialistischen Unternehmen ein Überleben und ein weiteres Wachstum, unabhängig von ihrer augenblicklichen oder zukünftigen finanziellen Situation. Daraus resultieren die für realsozialistische Wirtschaften charakteristischen Ressourcenknappheiten, da diese Unternehmen Ressourcen und Investitionen in Anspruch nehmen können, ohne ihre Kreditwürdigkeit zu beweisen oder auf Kosten und Preise reagieren zu müssen.²⁵

Mit der "Stabilisierung" des vertraglichen Verantwortungssystems der Betriebsleiter, denen jedoch die kritischen Entscheidungen für ein unabhängiges Management wie Markteintritt und -austritt, Investitionen, Preise, Löhne und Output administrativ vorgegeben werden, wird letztlich nur versucht, die mit einer tatsächlichen Reform verbundene soziale Instabilität zu vermeiden. So würde die Einführung von Marktmechanismen sicherlich mit den wirtschaftlichen Interessen einer breiten Koalition konfliktieren, die sowohl lokale Verwaltungskader und Betriebsleiter, aber auch die Beschäftigten in den staatlichen Unternehmen umfaßt, deren Arbeitsplatzgarantie in Frage gestellt wäre.

Die Frage, ob nicht der langfristigen Stabilität - und damit dem Überleben des Systems des "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" insgesamt Priorität vor kurzfristigen Stabilitätsüberlegungen eingeräumt werden müßte, stellen inzwischen chinesische Wirtschaftswissenschaftler ganz offen. So weist Liu Guogang, Vizepräsident der Akademie der Sozialwissenschaften, darauf hin, daß zwar durch den Verlustausgleich für ineffiziente [staatliche] Unternehmen, die derart überleben können, eine kurzfristige Stabilität gewonnen sei. Doch sobald die Marktnachfrage wieder zunehme und sich damit die Probleme der Unternehmen [deren Produkte nicht nachgefragt wurden] reduzierten, sei die Stabilität wieder gefährdet. Die unvermeidbare Folge sei eine neue Inflationsrunde und Überhitzung der Wirtschaft und damit Instabilität. Nur durch die Ausschaltung [den Konkurs] ineffizienter Unternehmen, die gegen die Interessen vieler durchzusetzen sei, könne eine langfristige Stabilität erreicht werden.²⁶

Abgesehen von der für die Reform der staatlichen Unternehmen notwendigen Bedingungen wie funktionierende Gü-

ter-, Kapital- und Arbeitsmärkte, Neugestaltung des Steuersystems, ein soziales Sicherungssystem, etc. ist es letztlich jedoch auch immer eine grundlegend politische Frage, inwieweit die Kommunistische Partei Chinas ihre materielle Basis - Einfluß auf die Industriepolitik und die städtische Industriearbeiterschaft - aufgeben will. Ein mehr an Markt bedeutet in diesem Sinne stets auch ein Verlust an Macht.

5 Konfligierende Interessen zwischen Zentralregierung und Provinzen

Im Verlauf des Reformprozesses erhielten die einzelnen Provinzen größere Entscheidungs- und Verfügungsrechte über ihre finanziellen Einnahmen. So wurde den Provinzen das Recht über Finanzüberschüsse zugestanden, die den mit der Zentralregierung abgestimmten Anteil überstiegen. Hierdurch entstand ein Anreiz für die Provinzen, ihre Finanzeinnahmen zu erhöhen. Dies geschah beispielsweise durch Investitionen außerhalb des Staatsplans, da damit verbundene Gewinne nicht an die Zentralregierung gehen mußten.²⁷ Die Folge dieser Entwicklung war, daß der Anteil der Finanzeinnahmen der Zentralregierung an den gesamten Finanzeinnahmen von 1984 bis 1988 von 56,1% auf 47,2% zurückging und an die Zentralregierung nur noch 40% der Deviseneinnahmen erhielt.²⁸

Die Stärkung der ökonomischen Machtposition einiger Provinzen gegenüber der Zentrale war auch durch die Veränderung der regionalen Entwicklungspolitik Anfang der 80er Jahre möglich, die regionale Entwicklungsunterschiede als unvermeidbar akzeptierte und die Küstenprovinzen ermutigte, ihre komparativen Vorteile auszunutzen. Unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen komparativen Vorteile wurden den Provinzen/Regionen bestimmte Funktionen im Entwicklungsprozeß zugewiesen. Die Küstenprovinzen sollten zu Zentren der technologischen Entwicklung werden, ihre traditionellen Industriezweige intensivieren und insbesondere ihren Konsumgüterbereich ausweiten. Die zentralen Regionen sollten überwiegend Energie und Rohstoffe produzieren, ausgewählte Industrieprodukte wie Maschinen und landwirtschaftliche Produkte. Die westlichen Regionen sollten sich auf die Entwicklung der Landwirtschaft, mit Betonung der Forstwirtschaft und

Viehzucht konzentrieren, das Transportwesen entwickeln, Energie und mineralische Ressourcen erschließen und bestimmte Verarbeitungsindustrien gründen.

Die Küstenprovinzen erhielten Vorzugsrechte, um besser ausländisches Kapital und ausländische Technologien absorbieren können. Zur Unterstützung dieser Entwicklung wurden Anfang der 80er Jahre vier Wirtschafts-sonderzonen gegründet und die ehemals zur Provinz Guangdong gehörende Insel Hainan erhielt Provinzstatus und wurde zur Wirtschafts-sonderzone. Außerdem wurden 1984 in den Küstenprovinzen 14 Städte zu sogenannten "offenen Städten" erklärt, die gegenüber ausländischen Investitionen und Unternehmen besondere Rechte erhielten. Die Wirtschafts-sonderzonen wurden zu Experimentierfeldern für viele Reformmaßnahmen wie Liberalisierung des Arbeits- und eingeschränkt des Kapitalmarktes, Konkursfähigkeit der Betriebe, etc. Aufgrund ihrer steuerlichen Vorteile und ihrer Nähe zum Wirtschaftszentrum Hongkong boten die Wirtschafts-sonderzonen Investitionsanreize für ausländische Unternehmen. Bis Ende 1989 haben die Küstenprovinzen 50,1% der gesamten ausländischen Investitionen anziehen können; der Anteil der Provinz Guangdong, in der drei Wirtschafts-sonderzonen liegen, betrug 23,8% im Jahre 1989.²⁹

Durch die stärkere Förderung der Küstenprovinzen erhöhte sich auch ihr Anteil am industriellen Bruttoproduktionswert. Während dieser Anteil als Folge der redistributiven Politik von 70% im Jahre 1952 auf 60% im Jahre 1983 gesunken war, stieg dieser Anteil nun langsam wieder an und machte 1989 bereits 62,2% aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß zwischen 1952 bis 1983 der Anteil der staatlichen Investitionen in den Küstenprovinzen von 72% auf 43% zurückgegangen war. Das bedeutet, daß die Küstenprovinzen trotz eines Rückgang der zentralen Investitionen in der Lage waren, aufgrund ihrer komparativen Vorteile effizienter zu wirtschaften und aufgrund der relativ selbständigen Planungsmöglichkeiten diesen Vorteil auch nutzten. Bis 1985 erhöhte sich der Investitionsanteil für die Küstenprovinzen wieder auf 52%. Auch im Bereich der Exporterlöse konnten die Küstenprovinzen ihren Anteil schnell erhöhen, insbe-

sondere in den Wirtschafts-sonderzonen. Allein der Anteil Shenzhens an den gesamten Exporterlösen im Jahre 1988 betrug rund ein Viertel.

Bei der stärkeren Förderung der Küstenprovinzen war die Regierung von einem "trickle-down-Effekt" ausgegangen, d.h. von der Verbreitung von Wachstumseffekten für die wirtschaftlich weniger entwickelten Provinzen. Allerdings hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß die Küstenprovinzen, insbesondere Guangdong, Fujian und Jiangsu die übrigen Provinzen nach dem Muster der Zentrum-Peripherie-Beziehung im Bereich des Handels, der Produktion und der Marktbeziehungen durchdringen und dominieren. Eine Folge dieser Entwicklung waren zunehmende Auseinandersetzungen über Rohstofflieferungen und Preise zwischen den Küstenprovinzen und den übrigen Provinzen. Da die zentralen und westlichen Provinzen befürchteten, den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung zu verlieren, richteten sie eigene offene Wirtschaftszonen mit speziellen Vorteilen für ausländische Investoren ein. Weiterhin bauten sie gegenüber den anderen Provinzen regionale Marktbarrieren auf, um ihre eigene Industrie vor Konkurrenzprodukten zu schützen.

Die Versuche der Zentralregierung, den "trickle-down-Effekt" über regionale Wirtschaftskooperationen zu beschleunigen, sind jedoch gescheitert, da die Position der Zentralregierung zur Durchsetzung solcher Maßnahmen im Verlauf des Reformprozesses weiter geschwächt wurde. Dazu zählt, daß die Zentralregierung aufgrund des Budgetdefizits über weniger Mittel zur Umverteilung verfügt als in der Vergangenheit. Andererseits konnten die Provinzen über einen zunehmenden Teil der lokal erwirtschafteten Gewinne selbst verfügen, selbständige Investitionsentscheidungen treffen und damit unabhängiger von der Zentralregierung werden.³⁰

Die im Zeitraum vor der ZK-Tagung zu beobachtende Diskussion über die Inhalte des 8.Fünfjahresplanes wiesen einerseits auf die Absicht der Zentralregierung hin, wieder einen erneuten Zugriff auf die Finanzmittel der Provinzen zu erhalten und andererseits auf den Widerstand der Provinzen, ihre ökonomische Machtposition aufzugeben. Ein Beispiel hierfür bietet die

Provinz Guangdong, die bei einem stärkeren Zugriff der Zentralregierung auf die Finanzeinnahmen am stärksten betroffen wäre. So soll diese Provinz inzwischen jährlich über 10 Mrd. Yuan selbst verfügen können und nur 2 Mrd. Yuan an die Zentralregierung abführen müssen.³¹

Die Diskussion um den Fünfjahresplan gibt auch einen Hinweis auf die unterschiedliche Interessenlage der einzelnen Provinzen, wobei die zentralen und westlichen Provinzen bemüht sind, die Bevorzugung der Küstenprovinzen zu begrenzen bzw. mit diesen gleichgestellt zu werden.

Wird davon ausgegangen, daß die ZK-Vorschläge das Ergebnis von Verhandlungsprozessen zwischen Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen sind, dann wird offensichtlich, daß die Provinzen sich mit ihrer Forderung der Beibehaltung des lokalen Finanz-Verantwortungssystems (difang caizheng baogan tizhi) durchsetzen konnten. Allerdings mußten sie insoweit ein Zugeständnis machen, als "versuchsweise" ein System der Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentralregierung und Provinzen praktiziert und die an die Zentralregierung abzuliefernden Steuern erhöht werden sollen. Hierzu heißt es in den ZK-Vorschlägen unter der Überschrift "Reform des Finanz- und Steuersystems, Aufbau eines stabilen und vereinheitlichten Finanz- und Steuersystems":

werden. Der Anteil der Finanzeinnahmen am Nationaleinkommen und der Anteil der Zentralregierung an den gesamten Finanzeinnahmen soll erhöht werden.

Die Erhöhung des Anteils der Finanzeinnahmen der Zentralregierung, der von ehemals 30% am Bruttosozialprodukt auf nunmehr 18% zurückgegangen sein soll, wird als notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der in den ZK-Vorschlägen vorgegebenen wirtschaftlichen Reformziele betrachtet.³²

In der Frage, ob gegenüber den Küstenprovinzen weiterhin eine präferentielle Politik verfolgt werden soll, sehen die ZK-Vorschläge eine Fortführung der bisherigen Entwicklungsstrategie vor; allerdings wird mit einer weiteren Öffnung der Inlandregionen für ausländische Investitionen zu rechnen sein. Ein Zugeständnis an die Inlandprovinzen wird auch insoweit gemacht, als die Küstenprovinzen "stärker die gesamtwirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen" sollen. Insgesamt soll "die Regionalpolitik das Ziel verfolgen, starke Einkommensunterschiede und damit verbundene neue wirtschaftliche und soziale Probleme zu vermeiden". Unklar ist, ob dies lediglich verbale Forderungen bleiben oder sich in konkrete restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen gegenüber den Küstenprovinzen umsetzen wird.

6 Schlußbetrachtung

Bereits zu Beginn 1990 lag ein Entwurf der ZK-Vorschläge zum 10-Jahresprogramm und 8.Fünfjahresplan vor, der jedoch nicht die Zustimmung vieler Provinzen und Städte fand. Der Entwurf soll insbesondere die Reformmaßnahmen der letzten Jahre wie das Verantwortlichkeitssystem der Betriebsleiter, die dezentrale Finanzhoheit der Provinzen sowie eine Ausweitung marktorientierter Reformen in Frage gestellt haben.³³ Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen über das Tempo und die Inhalte der Reform ist der nunmehr vorgelegte Entwurf der ZK-Vorschläge als ein Kompromiß zu verstehen.

Die ZK-Vorschläge umfassen ein breites Spektrum politischer Ziele und wirtschaftspolitischer Vorstellungen, die jedoch oftmals widersprüchlich und

unklar bleiben und damit auf tiefgreifende Meinungsunterschiede und konfligierende Interessen innerhalb der Partei hinweisen.

Dies betrifft insbesondere die Ausführungen über "Richtung, Aufgaben und Maßnahmen zur Vertiefung der Reform des Wirtschaftssystems". So erscheint die "Entfaltung der Funktion des Marktes im Rahmen der staatlichen Planung" auf die weitere Verwendung der Vogelkäfig-Theorie von Chen Yun hinzudeuten. Hierbei stellt die staatliche Planung den Käfig dar, in dem der Vogel "Marktwirtschaft" sich bewegen kann. Allerdings wird dabei nicht klar, wie groß dieser Käfig ist bzw. in welchem Umfang der Markt tatsächlich als Koordinationsmechanismus eingesetzt werden soll. Auch zur Gestaltung der Reform der staatlichen Industriebetriebe, die aufgrund ihrer niedrigen Effizienz und steigenden Verluste die gesamtwirtschaftliche Entwicklung deutlich behindern, fehlen eindeutige Reformvorschläge. Im Hinblick auf die Preisreform bleibt offen, wie eine Anpassung der Preise erfolgen soll, die gleichzeitig alle Interessen berücksichtigt will. Letztlich wird auch nicht deutlich, in welchem Ausmaß die Zentralregierung wieder einen stärkeren Zugriff auf die finanziellen Einnahmen der Lokalregierungen haben wird, wenn neben dem bestehenden System der dezentralen Finanzhoheit "gleichzeitig versuchsweise" die Aufteilung der Steuereinnahmen praktiziert werden soll.

Die Diskussion über den konkreten Inhalt des nächsten Fünfjahresplanes geht weiter und damit das "Verhandeln" über wirtschaftliche Machtpositionen unterschiedlicher Interessenvertreter. Inwieweit der bis April dieses Jahres als neuer Kompromiß ausgehandelte Plan dann tatsächlich noch eine Richtlinie für die wirtschaftliche Entwicklung sein wird, hängt nicht nur von ökonomischen Bedingungen, sondern auch von der personellen Zusammensetzung der chinesischen Parteiführung ab.

Anmerkungen:

- 1) "Vorschläge des ZK der KPCh zur Ausarbeitung des 7.Fünfjahresplanes zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung", RMRB, 26.9.1985.
- "Vorschläge des ZK der KPCh zur Ausarbeitung des Zehnjahresprogramms und des 8.Fünfjahresplanes zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung", RMRB, 29.1.1991; Auszüge davon in: BRu, 7-8/1991, S. 18-25.

- 2) BRu, 3/1991, S. 12.
- 3) BRu, 3/1919, S. 12.
- 4) BRu, 2/1991, S. 10.
- 5) Chui Hung-Hui, "Vorläufige Analyse des "8.Fünfjahresplanes" der Kommunistischen Partei", Studies on Chinese Communism, 1990, 10, S. 33-45. 6) Herrmann-Pillarth, C., "Struktur und Prozeß in der chinesischen Wirtschaftspolitik, oder: Warum China doch anders ist", Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 23.11.1990, S. 18-30.
- 7) Ca, Sept. 1988, S. 687-688.
- 8) CD, 11.10.90.
- 9) SWB, 5.11.90.
- 10) Krug, B., Preisreform in China, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 7-1986; Bohnet, A./Hong,Z., "Chinas Wirtschaft am Scheideweg", Osteuropa Wirtschaft, 2/1990, S. 143-176.
- 11) Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S. 232.
- 12) Aubert, C., "The Agricultural Crises in China at the End of the 1980s", in: Remaking Peasant China, 1990, S. 16-37.
- 13) Jingji Ribao, 14.1.91.
- 14) s.Aubert.
- 15) Zhongguo Nongye Nianjian, 1989, S.479; Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S.262.
- 16) Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S.244; BRu, 5.2.91, S. 22.
- 17) Jingji Ribao, 9.1.91, S. 1.
- 18) CNA, 1430, 1.3.91, beziehen sich hier auf Zhang Ping, "Effects of Price Subsidy on Household Income Distribution in China", Jingji Yanjiu, 1990, 4, S. 36-43, hier S. 36.
- 19) CNA, 1430, 1.3.1991, S. 4.
- 20) BRu, 5.2.91, S. 17 u. 20.
- 21) Zhongguo Tongji Nianjian, 1990, S. 662.
- 22) s. Anm.10.
- 23) Ca, Nov.1990, S. 826-828.
- 24) SWB, Statistik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im Jahre 1990, 1991, 25.2.1991.
- 25) Kornai, J., "The Hungarian Reform Process: Hopes and Reality", in: Remaking the Economic Institution of Socialism, 1989, S. 32-94.
Stark, D./Nee, V. "Toward an Institutional Analysis of State Socialism", in Remaking..., S. 1-31.
- 26) SWB, 11.2.1991, Abdruck eines Interviews mit Liu Guogang aus Jingji Shehui Tizhi Bijiao, 1991, Januar.
- 27) s.Anm.6.
- 28) Beschluß des ZK der Kommunistischen Partei Chinas zur weitergehenden Regulierung und Konsolidierung und zur Vertiefung der Reform, 9.11.1989, in: Ca. Februar 1990.
- 29) Dai Yang, "Patterns of China's Regional Development Strategy", The China Quarterly, June 1990, S. 230-257.
- 30) s. Anm.29.
- 31) ASWJ, 20.11.90.
- 32) SWB, 31.12.90.
- 33) AWSJ, 7.11.90; Ming Pao in SWB, 30.1.91.

Oskar Weggel

Südchina: Hort des Widerstand gegen Beijing (2. Teil)

Gliederung

Vorspann

1.

Der Süden als das "Andere"

1.1.

"Widersprüche" zwischen Nord und Süd

1.2.

Das "Außen" und das "Innen"

1.3.

Das Blaue und das Gelbe China

1.4.

"Die" Südchinesen

2.

Ausdrucksformen südchinesischer

Zivilisation

2.1.

Südchina - umgeben von einer Dialekt-Mauer

2.2.

Literatur und Schriftsprache: Die "Südgesellschaft"

2.3.

Südliche Malerei: "Senfkorngarten" und Shanshui

2.4.

Südliche Symbole

2.5.

Architektur: Hochschwingende

Dächer und Brücken

2.6.

Gartenbaukunst südlich des Yangzi

2.7.

Nanqu und kunqu: Theater unter der offenen Halle

2.8.

Musikalische Eigenarten

2.9.

Religion in Südchina: Sekten und die Verehrung der Mazu

2.10.

Südliche Kochkunst

2.11.

Rezeptionsbereitschaft

3.

Die südchinesische Tonlage: Städte und Landschaften

3.1.

Quanzhou, das chinesische Brügge

3.2.

Xiamen (Amoy) - der klassische "Vertragshafen"

3.3.

Ningbo - der Hafen mit dem Heiligen Berg

3.4.

Fuzhou - Stadt der Banyangbäume und Geburtsort Lin Zexus

3.5.

Wenzhou - kulturelles Zentrum Süd-zhejiangs

3.6.

Hangzhou - Himmel auf Erden

3.7.

Suzhou - Stadt der Kanäle und Gärten

3.8.

Shaoxing - Kalligraphen und Poeten

3.9.

Nanjing - das Tor zum Süden

3.10.

Beihai - das Tor Südwestchinas zu den Meeren

3.11.

Zhongshan - Heimatstadt Sun Yixians

3.12.

Insel Hainan - das Hawaii Chinas

3.13.

Landschaften

3.13.1.

Küsten

3.13.2.

Inseln

3.14.

Ein nördlicher, aber auch ein südlicher Ursprungsort

4.

Der wirtschaftliche Flexibilitätsvorsprung des Südens

4.1.

Die lange Zeit vernachlässigten Häfen

4.2.

Reformflaggschiff Guangdong: Guangzhou und das Perflußdelta